Reinhard Klimmt spricht

Nie wieder Krieg

Nehmt teil am Antikriegstag in Völklingen! Alle, die guten Willens sind und die möchten, dass die Gewerkschaften sich stärker für Frieden engagieren, sind gefordert am 1.9.25 um 17 Uhr in Völklingen teilzunehmen.

Die Gewerkschaften tun sich schwer in der Friedensfrage. In den Gewerkschaften ist zwar eine generelle Friedensausrichtung Konsens, aber dennoch gibt es unterschiedliche Auffassungen. Trotz der eigentlich klaren Beschlusslage der Gewerkschaften zu Fragen des Friedens verhalten sie sich offiziell eher passiv. Eine Minderheit, zu der auch der Vorstand des Ortsvereins Saar-Blies zählt, ist in der Friedensfrage aktiv. Hier ist die Mehrheit der Meinung, dass die Friedensfrage in das Zentrum der gewerkschaftlichen Arbeit gehört. Und bei aller Unterschiedlichkeit braucht es die Gewerkschaften in einer breiten Friedensbewegung.

Der Antikriegstag des DGB wird jährlich am 1. September begangen, um an den Beginn des Zweiten Weltkriegs nach dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 zu erinnern und ein Zeichen gegen Krieg, Gewalt und Militarisierung zu setzen.

Im Saarland trifft man sich in Völklingen im Schillerpark am Denkmal für die Opfer des Faschismus.

Letztes Jahr gab es ein wenig Ärger, weil einige Kundgebungsteilnehmer ihren Unmut hinsichtlich der Rede äußerten. Vorgetragen wurde ein Rede der Ministerpräsidentin Anke Rehlinger, da sie selbst nicht konnte. Und viele Kollegen fanden, es sei Nato-Propaganda, Unmut gab es insbesondere da die Solidarität mit dem palästinensischen Volk vermisst wurde. Deswegen gab es danach eine gemeinsame Beratung unseres Ortsvereins mit Timo Ahr vom DGB und man versprach, uns bei der Vorbereitung mit einzubeziehen.

2025 wird unser ehemaliger Ministerpräsident Reinhard Klimmt sprechen. Er bekennt sich zur Friedensbewegung, setzt sich für ein Ende der Hochrüstung und diplomatische Gespräche ein. Er hat das SPD-Manifest unterzeichnet. All das ist ein Grund, am 1.9.25 sich in Völklingen zu versammeln und gemeinsam den Kriegstreibern eine Abfuhr zu erteilen.

Grenzgänger

Politisches Kabarett
Chansons und Texte

ver.di

Do. 11.09.2025
18:30 Uhr
bei ver.di in Saarbrücken

Tommy le Rouge

Sigi Becker

EINTRITT FREI!

ver.di OV Saar-Blies
St. Johanner Str. 49
66111 Saarbrücken

Kleinkunst bei ver.di: Unsere ver.di-Mitglieder Thomas Schulz und Sigi Becker als Grenzgänger.
Wir bitten um Bewerbung

Gedanken von der Ruhebank

Es ist Sommer…

Es ist Sommer in der Stadt. Beim Pflücken unreifer Walnüsse bin ich von der Leiter gefallen. Der Historiker Sönke Neitzel spricht vom „letzten Friedenssommer“ für Deutschland.

Die Welt schaut fassungslos nach Gaza, ein Volk wird ermordet, lebenswichtige Hilfe für die Zivilbevölkerung wird verweigert. Die deutsche Regierung unterstützt den Völkermord, nicht nur politisch, sondern auch mit Waffen. Bundeskanzler Merz spricht von „Drecksarbeit“, die die rechtsradikale Regierung in Israel „für uns alle“ mache. Trotz Völkermord in Gaza und Angriffskrieg gegen den Iran hält Kanzler Merz an der bedingungslosen Unterstützung der Netanjahu-Regierung fest.
Gleichzeitig schwadroniert ein General aus dem Planungs- und Führungsstab über Raketen, welche die „Tiefe des russischen Raumes“ angreifen können. Es ist der gleiche Kommisskopf, die im Frühjahr mit dem ukrainischen Rechtsextremen und Asow-Kommandeur Oleg Romanov für ein Foto posierte. Romanov ist dafür bekannt, Totenkopfabzeichen der SS zu tragen.
Die Aufrüstung wird ja damit begründet, dass ansonsten demnächst die Russen kämen. Ob Bedrohungslüge oder nicht, es hat den Anschein als ob ein Krieg vorbereitet wird. Die Russen wiederum erwarten einen Angriff von der Nato. Und sie würden Deutschland als Kriegspartei betrachten, wenn weitreichende deutsche Raketen Russland treffen. Und sie haben erklärt, dass sie von ihren Atomwaffen Gebrauch machen werden, wenn sei sich in ihrer Staatlichkeit angegriffen fühlen. Derweil erklärt die USA, sie schicke Patriot-Systeme im Wert von Milliarden für die Ukraine, bezahlen soll es Deutschland, Pistorius bittet seine Nato-Freunde darum, auch ihre Portemonnaies zu öffnen, allerdings will die Bundesregierung mindestens zwei Systeme bezahlen.
In unserem Land sollen 2026 neue Atomraketen stationiert werden. Über deren Einsatz wird der US-Präsident Trump entscheiden. Bekanntlich wirken Raketen wie Magneten.
Die NATO beschloss, zukünftig fünf Prozent des BIP für Rüstung auszugeben. Bezogen auf den deutschen Bundeshaushalt von 2024 entsprechen fünf Prozent einem Gesamtaufwand von 215 Mrd. Euro – jährlich! Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. Damit hat sich die Bundesregierung der Forderung von Donald Trump unterworfen. Das geht auf Kosten der arbeitenden Menschen, der Alten und Kranken, der Kinder und Jugendlichen.
Ich will mehr Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen und Klimaschutz und nicht für Waffen.
Die NATO gibt 17mal soviel fürs Militär aus wie Russland. Ich sehe mit großer Sorge, dass wir kriegstüchtig werden sollen, wie die Militarisierung voranschreitet und die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll.
Noch wird behauptet, es sei möglich sowohl hochzurüsten und gleichzeitig den sozialen Standard zu halten. Dem ist nicht so. Investitionen in die Rüstung werden nicht für Wachstum sorgen. Sie werden zu Sozialabbau führen. Begreifen wir, dass die Zeitenwende die Unterordnung des Sozialen unter dem Militärischen bedeutet. Die Verteilungskämpfe werden sich verschärfen.
Die Zeitenwende soll über Sozialkürzungen finanziert werden. Was wir erleben, das ist ein Angriff auf die Interessen der abhängig Beschäftigten und auf uns Rentner. Die Rentner arbeiten ja zu wenig und sollen nun nach Vorschlag der Ex-Bundesfamilienministerin Schröder zu einem sozialen Pflichtjahr - 20 Stunden pro Woche - verpflichtet werden.
Man kommt schon ins schwitzen in diesem Sommer.
Und doch nehmen wir zur Kenntnis, dass der Widerstand langsam wächst. Auf der dritten gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Salzgitter war das Bedürfnis nach Vernetzung und Aktion zu spüren.
Die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung stellen immer mehr das Gemeinsame in den Mittelpunkt. Für den 3. Oktober sind zeitgleiche Demonstrationen in Berlin und Stuttgart geplant. Das Ziel ist eine Verbreiterung der Friedensbewegung, die Gewinnung von neuen Partnern.
Einige prominente SPD-Politiker fordern eine Kehrtwende in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. In einem Manifest sprechen sich SPD-Mitglieder, darunter bekannte Köpfe wie der ehemalige Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, der Außenpolitiker Ralf Stegner, Ex-Parteichef Norbert Walter-Borjans und der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel, für ein Ende der Hochrüstung und diplomatische Gespräche mit Russland aus.
Besonders wichtig ist, dass die Verfasser auch die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland kritisieren, die uns Olaf Scholz ohne jedwede öffentliche Diskussion eingehandelt hat. Auch unser ehemaliger Ministerpräsident Reinhard Klimmt ist Unterzeichner des Manifestes. Er wird am Antikriegstag 2025, also am 1. September, in Völklingen (Schillerpark) vor dem Denkmal „Allen Opfern des Faschismus“ sprechen.
Noch kann die Stationierung der Raketen, die atomar bestückt werden können und über deren Einsatz US-Präsident Trump entscheiden kann, verhindert werden. Niemand glaubt, dass soziale Ausgaben noch möglich sind, nachdem erst einmal Milliarden für Rüstung ausgegeben wurden.
Wir geben nicht auf, nur weil es schwierig ist. Noch können wir den Frieden sichern.
Es ist Sommer. Jemand hat ein Holzschild mit der Aufschrift „Frieden" an den Brunnen vor unserem Haus gestellt.

Gedanken von der Ruhebank: Quartals-Kommentar
unseres Kollegen Michael Quetting

Was wird aus den Krankenhäusern?

Nach der Ökonomisierung folgt nun die Militarisierung

Das Thema klang ein wenig sperrig: „Krankenhausreform und Zeitenwende. Widerspruch oder Einheit - Versuch einer Analyse.“ Der Ortsverein hatte Dr. Nadja Rakowitz vom vdää* eingeladen.

Schon mehrmals hatten wir uns mit der Ökonomisierung aller Prozesse im Krankenhaus beschäftigt, gerade im Saarland entwickelte sich eine große Bewegung für Entlastung. Unter dem Motto „Aufstehn für die Pflege“ fanden hier große Demonstrationen statt, es gab Streiks, selbst in katholischen Häusern, und schließlich wurde eine Schuldrechtliche Vereinbarung am UKS erkämpft.
Im Zentrum der Kritik stand stets das Fallpauschalensystem, schließlich kam es schon unter dem Minister Jens Spahn zu einem kleinen Paradigmenwechsel als die „Pflege am Bett“ aus dem DRG-System herausgenommen wurde. Lauterbach sprach dann sogar von einer „Entökonomisierung“ und „Revolution“. Es kam zum „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz“, damit kehrte der Plan zurück in die Politik. Allerdings nicht als demokratische Planung mit dem Ziel einer am Bedarf der Menschen orientierten Versorgung. Dies hatte ver.di ja mit der Forderung nach einem Verbundklinikum Saar in demokratischer Kontrolle entwickelt und vorgeschlagen. Jetzt soll zentralisiert werden, Krankenhäuser werden dran glauben.

Nadja Rakowitz legte dar, dass mit der angeblichen Lauterbach-Revolution das DRG-System nicht überwunden wird. Die sogenannte Vorhaltevergütung sei keine, da nicht konkrete Vorhaltekosten zugrunde liegen, sondern die Fallzahlen vom letzten Jahr. Auch ist diese Vergütung nicht zweckgebunden und selbst nicht mengenunabhängig. Das Personallostendumping sei weiterhin lukrativ.

Der Konkurrenzkampf der Krankenhäuser werde unvermindert weitergehen, mit allen negativen Folgen für die Patienten und die Beschäftigten. Von „Entökonomisierung“ und „Entbürokratisierung“ könne nicht gesprochen werden.
In dieser Situation ist mit der sogenannten Zeitenwende etwas Neues entstanden. Gefordert wird eine „Kriegstüchtigkeit“. So meint z.B. Judith Gerlach, die CSU-Gesundheitsministerin von Bayern, im DÄB: Es gehe um nichts weniger als darum, das gesamte Gesundheitssystem auf alle Arten von Krisen vorzubereiten – auch auf kriegerische Angriffe aller Art:„Denn eine intakte Gesundheitsversorgung ist für dieVerteidigung eines Landes ebenso wichtig wie die Bundeswehr.“
Dabei ist durchaus zwischen einer zivilen Katastrophe und einem Krieg zu unterscheiden. Bei zivilen Ereignissen wird rein medizinisch entschieden wie mit knappen Ressourcen umgegangen wird. Im Krieg gelten militärische Regeln und militärische Logik. In dieser wird nach militärischem Bedarf priorisiert.
Das medizinische Personal muss auch vorbereitet werden. Während man z. B.aktuell stumpfe Verletzungen wie Unfalltraumata nach Autounfällen behandle, geht es dann darum, abgerissene Gliedmaßen, offene Bauchhöhlen oder die Auswirkungen von Explosionen zu versorgen. Man rechnet mit etwa 480 Millionen Euro für Fortbildung, Material, Personal und Übungen.
Die Referentin ging auf den Operationsplan Deutschland von 2022 und die Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023 ein und berichtete über das angekündigte Gesundheitssicherstellungsgesetz.

In diesem Gesetz sollen die Koordination von Aufgaben, die Vorhaltung von bestimmten Kapazitäten, Antidoten für bestimmte Krebsmittel, die Verteilung von Patienten im Ernstfall, Bereitschaften von medizinischen Personal im Krieg geregelt werden.
Sehr ausführlich ging Nadja Rakowitz auf das Grünbuch ZMZ 4.0 ein. ZMZ heißt „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ im militärischen Krisenfall. Dort wird den Akteuren des Gesundheitswesens ein besonders Augenmerk zugewiesen.
„Akteure des Gesundheitswesens im Sinne dieser Ausführungen sind beispielsweise Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz und Rettungsdienst, ambulante Versorgungseinrichtungen, Apotheken, Arztpraxen oder die Kassenärztlichen Vereinigungen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen.“ So die Feststellung in Grünbuch. Danach ist mit bis zu 1.000 Patientinnen und Patienten pro Tag zu rechnen, von denen 33,6% intensivpflichtig, 22% vermehrt pflegebedürftig und 44,4 % leichter verletzt sind. Die Bettenzahl wäre auf militärischer Ebene innerhalb von 48 Stunden ausgeschöpft. Innerhalb von zwei Tagen müssten verletzte Soldaten also auch in zivilen Krankenhäusern und Kliniken behandelt werden.
Klar ist wohl, dass es zu einer Reduzierung des Versorgungsnivaus kommen wird. Die Autoren beklagen, dass die Bevölkerung nicht ausreichend vorbereitet sei. Klar ist auch, wer das Sagen haben wird: die Bundeswehr. So meint Generaloberst Hoffmann vom Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr zur Krankenhausreform, man müsse die sicherheitspolitischen Herausforderungen mitberücksichtigen und im Sinne eines „gesamtstaatlichen Ansatzes“ stellenweise Bettenkapazitäten erhalten.
In der Diskussion wurde das Dilemma für die Gesundheitspolitik klar. Krieg braucht Bedarfsermittlung, Planung, Durchgriffsmöglichkeiten, Sicherheit bei der Ressourcenvergabe etc. Das lässt sich nicht durch den Markt herstellen. Der Umbau der Krankenhäuser zu neoliberalen marktförmigen Fabriken steht im Widerspruch zu einer Unterordnung unter militärische Gesichtspunkte.
Mit der Aufhebung der Schuldenbremse für Ausgaben für Verteidigung und Aufrüstung gibt es einen neuen, nach oben offenen Geldtopf. Wenn man diese Krankenhäuser für kriegswichtig erklärt, hofft man, sich daraus bedienen zu können. Nun versuchen einige Krankenhäuser Gelder aus der „Kriegskasse“ zu bekommen. So werden objektive Zwänge zur Zustimmung zur Kriegslogik geschaffen.
Einige der 1800 Krankenhäuser des Landes sollen demnach „kriegstauglich“ werden und „einen teilweisen Weiterbetrieb bei einem Angriff durch unterirdischen Bunkerbetrieb, autarke Strom-, Gas- und Trinkwasserversorgung sicherstellen“ können. Konkret gehe es um 100 Häuser. Für dort nötige Um- oder Neubauten veranschlagen die Autoren eine Milliarde Euro Kosten pro Standort.
Die Militarisierung greift um sich.

Dierk Hirschel:

Kanonen und Butter geht nicht

Friedensbewegte Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 11. und 12. Juli in Salzgitter auf der dritten Gewerkschaftskonferenz für den Frieden. Auch Saarländer waren dabei. Die Konferenz stand unter dem Motto „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“. Unter den Referenten war auch Kollege Dierk Hirschel, Chefökonom von ver.di.

Große Einigkeit bestand auf der Konferenz darüber, dass die Kriegsgefahr extrem groß ist, dass die Hochrüstung zu Sozialabbau und Armut führen wird, die Militarisierung sich durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht und die Gewerkschaften sich stärker in die Friedensbewegung einbringen müssen.

Zu den großen Lügen, die derzeit vehement wiederholt werden, gehört die: Investitionen in die Rüstung würden für Wachstum sorgen. Eine andere lautet: Eine Milliarden Euro starke Aufrüstung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Sozialstaates sei möglich. In der Kanonen-UND-Butter-Erzählung, die derzeit insbesondere von der SPD vertreten werde, sieht Hirschel ein Mittel, um harte Verteilungskämpfe nicht aufkommen zu lassen.

Aus dem gleichen Grund würden die Militärausgaben derzeit über Schulden und nicht über kurzfristige Steuern finanziert. Die Wachstumserzählung werde insbesondere von jenen Ökonomen vorgetragen, die bislang die größten Verfechter der Schuldenbremse waren.

Tatsächlich, so Hirschel, sind Militärausgaben aus

ökonomischer Sicht keine Investitionen. Sie sind „totes Kapital, staatlicher Konsum, sie werfen keine Erträge ab“. Das ist der Unterschied zu einer Investition in den Straßenbau oder in eine Kita. Die werfen perspektivisch Erträge ab. In einer Kita werden Leute ausgebildet und Menschen herangezogen, die später zu Fachkräften werden können, die zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen können. Rüstungsausgaben dagegen sind unproduktive Ausgaben und sie ziehen Ressourcen aus produktiven Bereichen ab, z.B. Fachkräfte und Kapital.

Ökonomisch ausgedrückt, heißt das, jeder Euro ins Militär hat einen geringeren Effekt, als jeder Euro in Infrastruktur oder Bildung. Der Multiplikator bei Rüstungsausgaben beträgt etwa 0,5 Prozent. Das heißt, ein Euro in Rüstung bedeutet 50 Cent Wachstum. Bei Infrastrukturinvestitionen beträgt der Multiplikator 1,5 und bei Bildung läge er bei drei d.h. für jeden Euro in Bildung kommen drei Euro heraus.

Der Schuldendienst infolge von Militärausgaben wird höher ausfallen als bei Investitionen in Infrastruktur, Bildung usw., weil Militärinvestitionen sich letztlich nicht selbst finanzieren. Theoretisch brauche ein Staat keine Schulden tilgen, so Hirschel, sondern nur die Zinsen (siehe USA und Japan). Die Union bestehe aber auf Schuldentilgung. Das bedeutet an die 100 Milliarden Euro Schulden- und Zinstilgung allein bis 2029. Aktuell beträgt der Bundeshaushalt 470 Milliarden Euro. Das heißt die Verteilungskämpfe, die es bereits gibt (siehe Pflegekasse), werden härter. Dabei wächst der Finanzierungsbedarf des Sozialstaats, was wiederum ein Resultat der prekären Arbeits- und

Lebensbedingungen, der Niedrigstlöhne und der der wachsenden Altersarmut ist. Also: Der Finanzierungsbedarf der Sozialsysteme wird größer, der Finanzierungsspielraum aber kleiner.

Bundesweite Demonstrationen am 3. Oktober

Nie wieder kriegstüchtig! Wir stehen auf für Frieden

Die Friedensbewegung ruft für den 3. Oktober zu einer bundesweiten Demonstration an zwei Orten in Berlin und Stuttgart auf. ver.di setzt einen Bus von Saarbrücken nach Stuttgart und zurück ein.

Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt! Sie geht auf Kosten der arbeitenden Menschen, der Alten und Kranken, der Kinder und Jugendlichen.

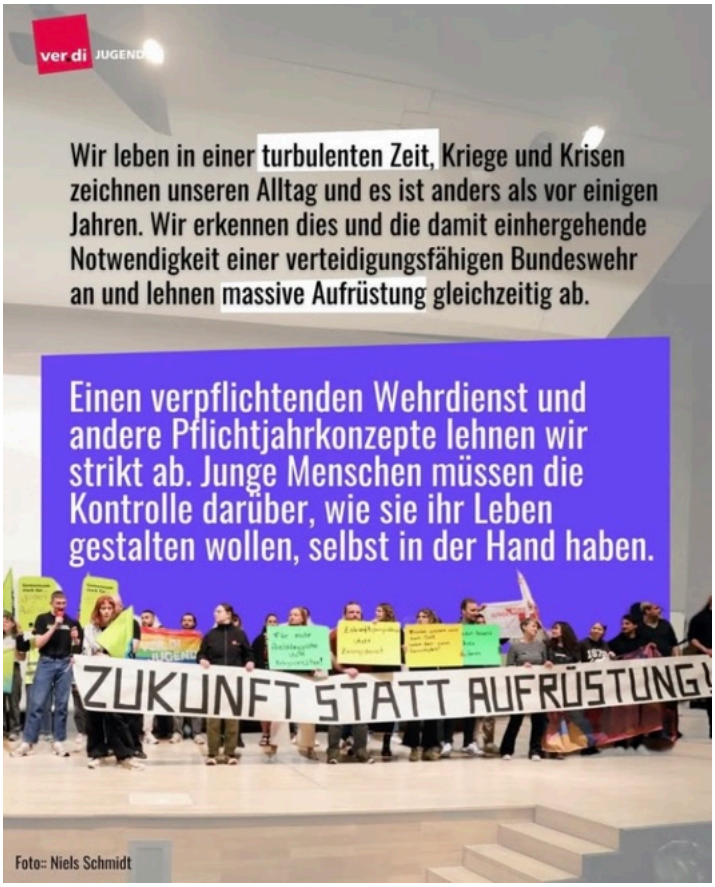
Diese Hochrüstung macht es unmöglich, erfolgreich die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und die weltweite Armut zu bekämpfen.

Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir wollen Frieden, Waffenstillstand, Verhandlungen und Abrüstung. Wir verteidigen damit das Soziale.

Unser Ortsverein Saar-Blies ruft zur Teilnahme an der Demonstration in Stuttgart auf. Wir fahren (vermutlich morgens gegen 8:00 Uhr) von Saarbrücken nach Stuttgart. ver.di wird den größten Teil der Kosten für den Bus tragen. ver.di-Mitglieder zahlen als persönlichen Beitrag lediglich 10 Euro, Noch-Nicht-Mitglieder 20 Euro.

Verbindliche Anmeldungen sind ab sofort möglich per Mail bei michael@Quetting.de



9. September in Neunkirchen:

Jährliche Jubilarfeier

Unsere Jubilare können für sich in Anspruch nehmen, mit ihrer Gewerkschaft vieles erlebt und erkämpft zu haben. Und so ehren wir jedes Jahr unsere Jubilare. Unsere Mitglieder sind das Blut, das Herz und das Hirn der Organisation. Natürlich brauchen wir auch die Mitgliedsbeiträge. Ohne Moos nix los. Ohne Geld wäre jede Streikandrohung ein lauer Witz. Darum ist die lange Strecke, die ihr Jubilarinnen und Jubilare zurückgelegt habt, so wichtig. Freilich ärgert man sich mal über seine Gewerkschaft, über Beschlüsse, Äußerungen in Talkshows, ein Tarifergebnis. Es gibt viele Gründe sich zu ärgern. Aber nie einen Grund auszutreten. Denn Gewerkschaftsmitgliedschaft ist eine Haltungsfrage.

Alle Jubilarinnen und Jubilare haben über Jahrzehnte ihrer Gewerkschaft die Treue gehalten. Einige haben sich über Jahre, über Jahrzehnte auch in und für die Gewerkschaft engagiert als Betriebsrat, als Personalrätin, als Vertrauensmann oder Frau, als Arbeitsrichterin, im Prüfungsausschuss. All dies wäre undenkbar ohne Menschen, ohne Aktive. Ohne deren Kraft, deren Ideen, dem Mut zu streiten und zu streiken, ohne Leidenschaft, ohne all dies gäbe es keine Gewerkschaft. Es gäbe keine Tarifverträge und kein Einmischen. Es gäbe nur Arbeitgeberwillkür und individuelle Bettelei.

Einmal im Jahr bedanken wir uns bei unseren langjährigen Mitglieder. 2025 sagt der verdi Bezirk Region Saar Trier am 9. September in der Neunkircher Gebläsehalle unseren saarländischen Jubilaren danke.

Außerordentliche Sitzung

Vorstand berät Anträge

Der Vorstand des Ortsvereins Saar-Blies ist zu einer außerordentlichen Sitzung am 26. August eingeladen. Inhaltlich will man einen Aufruf zur Friedensdemo am 3.10. und möglichen Anträgen an die außerordentliche Landesbezirkskonferenz der ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland im Herbst beraten. Wer als Gast teilnehmen möchte, kann das gerne tun und melde sich bei Rainer Tobae, um Näheres zu erfahren.

Zitat es Monats

„Ich bin sehr zufrieden mit unserem Verteidigungsminister, und ich bin auch sehr zufrieden mit dem, was der Kanzler im Augenblick macht."
Armin Papperger, Chef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, am 24.7.25 bei einem Besuch des deutschen und des französischen Verteidigungsministers im Werk Unterlüß.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar

Kontakt; christian.umlauf@verdi.de
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf